

Kuba eröffnet Dollar-Shops

Reaktion auf Einnahmeausfälle nach neuen US-Sanktionen / Von Florian Steinmeyer

Mexiko-Stadt (GTAI) - Der Staat ermöglicht künftig den Kauf von Elektrogeräten und Autoteilen in Geschäften, die ausschließlich Fremdwährungen akzeptieren. Die Einnahmen sollen den eklatanten Devisenmangel entschärfen.

25.10.2019

Kuba leidet aufgrund neuer US-Sanktionen an einem extremen Devisenmangel. Die Währungsreserven des Inselstaats schmelzen dahin und werden 2020 wohl erstmals seit Jahren wieder auf unter 10 Milliarden US-Dollar (US\$) fallen. In der Konsequenz können ausländische Lieferanten nicht mehr bezahlt werden - auch deutsche Unternehmen warten vielfach auf ihr Geld.

Um die Situation zu entschärfen, gab die kubanische Regierung Mitte Oktober bekannt, über staatliche Handelsketten wie Cimex und TRD Caribe insgesamt 77 Geschäfte zu eröffnen, in denen ausschließlich gegen Devisen wie US-Dollar oder Euro eingekauft werden kann. Insgesamt sind zehn ausländische Währungen zugelassen. Die beiden nationalen Währungen Nationaler Peso und Konvertibler Peso werden nicht anerkannt.

Wer in den neuen Geschäften per Kredit- oder Debitkarte bezahlen will, braucht eine ausländische Kreditkarte oder muss ein spezielles Konto bei einer der kubanischen Banken Metropolitano, Popular de Ahorro oder Crédito y Comercio einrichten. Dieses ist dann lediglich für Ein- und Abgänge von Auslandswährungen zugelassen. Lange Schlangen vor den Banken am 21. Oktober 2019, dem ersten Tag an dem die Konten eröffnet werden konnten, deuten auf großes Interesse von Seiten der Bevölkerung hin.

Maßnahme soll Privatmarkt austrocknen

In den Läden werden Fernseher, Waschmaschinen, Kühlschränke, Klimaanlage sowie Fahrzeugteile angeboten, die bisher kaum im freien Verkauf zu finden waren. Bislang brachten häufig Privatpersonen entsprechende Produkte als Teil ihres Fluggepäcks ins Land und verkauften sie vor Ort mit hohen Aufschlägen weiter. Das Beratungsunternehmen Havana Consulting Group schätzt den so generierten Umsatz auf rund 2 Milliarden US\$ pro Jahr.

Die Regierung will weniger für die ihrerseits angebotenen Waren verlangen und dadurch den Privatmarkt austrocknen. Trotzdem werden die Elektroprodukte und Kfz-Teile weit teurer als in anderen Ländern sein. Für Flachbildfernseher sind zwischen 549 (43 Zoll) und 1.139 US\$ (65 Zoll) fällig. Kühlschränke sind je nach Größe für 519 bis 1.699 US\$ zu haben. Waschmaschinen kosten zwischen 233 und 625 US\$.

Die aufkommende Privatwirtschaft erlaubt es einigen Kubanern, Einnahmen in US-Dollar oder anderen Auslandswährungen zu erzielen. Besonders Besitzer privater Pensionen und Restaurants sind zahlungskräftig. Die durchschnittlichen Löhne im öffentlichen Sektor liegen allerdings nur bei rund 45 US\$ pro Monat. Damit sind die Preise der offerierten Produkte für das Gros der Bevölkerung weiterhin enorm hoch.

Hoffnung auf mehr Auslandsüberweisungen

Angesichts dieses Gefälles dürfte die Regierung bereits einkalkulieren, dass Auslandskubaner ihren Familien auf der Insel mehr Geld schicken werden, damit diese in den neuen Geschäften einkaufen können. Pro Jahr fließen bisher rund 3,5 Milliarden US\$ an Auslandsüberweisungen auf die Insel, der Großteil davon aus den USA. Seit dem 9. Oktober 2019 gelten jedoch neue Beschränkungen der US-Regierung, wonach eine Person nur noch 1.000 US\$ pro Quartal überweisen kann und mit dem Empfänger verwandt sein muss.

KUBA ERÖFFNET DOLLAR-SHOPS

Weitere Informationen zu Wirtschaftslage, Branchen, Geschäftspraxis, Recht, Zoll, Ausschreibungen und Entwicklungsprojekten in Kuba sind unter <http://www.gtai.de/kuba> abrufbar.

Dieser Inhalt ist relevant für:

Kuba
Außenwirtschafts-, Industriepolitik
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Jutta Kusche

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 419

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.